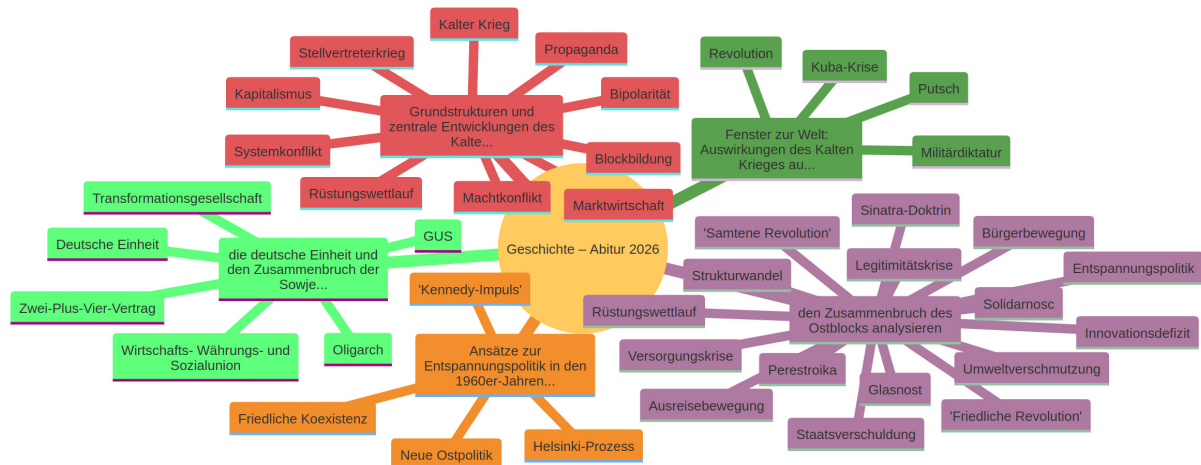


# Lernskript – Abitur 2026 – Geschichte

Erstellt am 31.03.2026



## (1) West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft

(2) Grundstrukturen und zentrale Entwicklungen des Kalten Krieges darstellen

### Systemkonflikt M

Der Begriff Systemkonflikt bezeichnet den ideologischen und machtpolitischen Antagonismus zwischen den beiden globalen Ordnungsmodellen des 20. Jahrhunderts, die nach 1945 in West und Ost aufeinandertrafen: dem liberaldemokratischen Kapitalismus der USA und ihren Verbündeten sowie dem realsozialistischen Einparteiensstaat der UdSSR. Dieser Konflikt war nicht nur militärisch-strategisch, sondern vor allem systemisch, da er unterschiedliche Wirtschaftsordnungen (soziale Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft), Gesellschaftsmodelle (Pluralismus vs. Klassenherrschaft) und Menschenbilder (Freiheitsrechte vs. Kollektivzwang) unvereinbar gegenüberstellte. Die Blockkonfrontation manifestierte sich etwa in der Berlin-Blockade 1948/49 oder der Kubakrise 1962, wo die Systeme direkt um globale Vorherrschaft rangen. Die wechselseitige Abgrenzung prägte nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik beider Blöcke, etwa durch Propaganda, Geheimdienste oder die Unterdrückung abweichender Ideen. Letztlich war der Systemkonflikt ein Nullsummenspiel, in dem jeder Sieg des einen Modells als Niederlage des anderen galt – was die Dynamik des Kalten Krieges entscheidend bestimmte.

### Machtkonflikt M

Ein Machtkonflikt bezeichnet im Kontext des Kalten Krieges den grundlegenden Systemgegensatz zwischen den USA und der UdSSR, der sich nicht nur als ideologische Auseinandersetzung (Kapitalismus vs. Kommunismus), sondern vor allem als Kampf um globale Vorherrschaft manifestierte. Dieser Konflikt war geprägt von der gegenseitigen Blockade in internationalen Organisationen wie dem UN-Sicherheitsrat, wo Vetomächte ihre Interessen durchsetzten – etwa 1950, als die UdSSR die Entsendung von UN-Truppen in den Koreakrieg blockierte. Die Rivalität äußerte sich zudem in der Aufrüstung, etwa durch die atomare Abschreckungspolitik ab den

1950er-Jahren, die eine direkte militärische Konfrontation verhindern sollte, aber gleichzeitig die Welt an den Rand eines nuklearen Krieges brachte. Wirtschaftlich zeigte sich der Machtkonflikt in der Konkurrenz um Einfluss in der Dritten Welt, etwa durch die Unterstützung von Stellvertreterkriegen wie in Vietnam oder Afghanistan. Letztlich war der Kalte Krieg ein struktureller Antagonismus, der die internationale Politik bis 1989/91 dominierte und die bipolare Weltordnung prägte.

## **Rüstungswettlauf** M

Der Rüstungswettlauf bezeichnet den systematischen, oft eskalierenden Prozess der militärischen Aufrüstung zwischen den Supermächten USA und UdSSR während des Kalten Krieges, der sich ab den späten 1940er-Jahren bis in die 1980er-Jahre erstreckte. Er war geprägt von quantitativer wie qualitativer Steigerung – etwa durch die Entwicklung von Atomwaffen ab 1949 (sowjetische Atombombe) oder die Stationierung von Interkontinentalraketen (ICBMs) in den 1950er-Jahren – und folgte einer Logik der Abschreckung, die auf gegenseitiger Vernichtungsfähigkeit („Mutual Assured Destruction“, MAD) beruhte. Technologische Innovationen wie die Einführung von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) in den 1970er-Jahren oder die SDI-Initiative („Star Wars“) unter Reagan 1983 verschärften die Dynamik zusätzlich. Wirtschaftlich belastete der Wettlauf beide Blöcke, doch während die USA ihre Rüstungsausgaben durch eine wachsende High-Tech-Industrie teilweise kompensieren konnten, führte die Überlastung in der UdSSR zu strukturellen Krisen und beschleunigte schließlich den Zusammenbruch des Ostblocks. Die wechselseitige Aufrüstung diente dabei nicht nur der militärischen Sicherheit, sondern auch der Demonstration globaler Macht und Systemüberlegenheit.

## **Kapitalismus** M

Der Kapitalismus bezeichnet ein Wirtschaftssystem, das auf Privateigentum an Produktionsmitteln, freier Marktwirtschaft und der Erzielung von Profit durch Wettbewerb beruht. Im Kontext des Kalten Krieges wurde er als Gegenmodell zum real existierenden Sozialismus der UdSSR propagiert, etwa durch die USA, die ihn als Grundlage ihrer wirtschaftlichen und politischen Überlegenheit darstellten. Kennzeichnend sind dezentrale Entscheidungsstrukturen, die durch Angebot und Nachfrage gesteuert werden, sowie die Rolle von Unternehmen als treibende Kräfte der Innovation. Kritiker wie Marxisten wiesen jedoch auf soziale Ungleichheiten und Ausbeutungsmechanismen hin, die diesem System innewohnen. Als historisches Beispiel lässt sich die westdeutsche Soziale Marktwirtschaft der 1950er-Jahre nennen, die unter Ludwig Erhard zu einem wirtschaftlichen Aufschwung („Wirtschaftswunder“) führte.

## **Marktwirtschaft** M

Die Marktwirtschaft ist ein Wirtschaftssystem, in dem Produktion, Preise und Verteilung von Gütern primär durch Angebot und Nachfrage auf freien Märkten bestimmt werden, während der Staat lediglich Rahmenbedingungen setzt und nur in Ausnahmefällen eingreift. Sie steht im Gegensatz zur Planwirtschaft, wie sie etwa die DDR praktizierte, und wurde im Westen nach 1945 als zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik etabliert, etwa durch die Währungsreform 1948 und das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ von 1957. Im Kalten Krieg symbolisierte sie nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch die Überlegenheit des kapitalistischen Systems gegenüber dem Ostblock. Die USA förderten sie gezielt als Gegenmodell zur Planwirtschaft, etwa durch den Marshallplan, der Westeuropa nach 1945 stabilisierte. Ihre Funktionsweise basiert auf Privateigentum, Vertragsfreiheit und dezentralen Entscheidungen, was sie zum Gegenentwurf zur staatlich gelenkten Ökonomie des Ostens machte.

## Kalter Krieg M

Der Begriff „Kalter Krieg“ bezeichnet den politischen, militärischen und ideologischen Konflikt zwischen den USA und der UdSSR nach 1945, der sich nicht in direkten militärischen Auseinandersetzungen, sondern in Stellvertreterkriegen, Wettrüsten und propagandistischen Systemkonkurrenzen entlud. Charakteristisch waren die bipolare Blockbildung mit NATO und Warschauer Pakt sowie die atomare Abschreckungsdoktrin der „Mutually Assured Destruction“ (MAD), die etwa während der Kubakrise 1962 auf die Probe gestellt wurde. Wirtschaftlich manifestierte er sich in unterschiedlichen Modellen wie der sozialen Marktwirtschaft im Westen und der Planwirtschaft im Osten, während kulturell und wissenschaftlich ein Wettstreit um globale Deutungshoheit etwa in der Raumfahrt (Mondlandung 1969) oder im Sport (Olympische Spiele) ausgetragen wurde. Die Blockfreiheit einzelner Staaten wie Jugoslawien unter Tito oder Indiens unter Nehru zeigte zugleich die Grenzen der starren Systemkonfrontation. Trotz aller Eskalationsgefahren blieb der Konflikt „kalt“, da direkte Konfrontationen durch die nukleare Abschreckung verhindert wurden.

## Stellvertreterkrieg M

Ein Stellvertreterkrieg bezeichnet einen bewaffneten Konflikt, in dem sich zwei oder mehr Großmächte indirekt gegenüberstehen, indem sie lokale oder regionale Parteien – oft mit ideologischer, militärischer oder finanzieller Unterstützung – gegeneinander ausspielen, ohne selbst direkt in den Kampf einzugreifen. Diese Kriege dienten im Kalten Krieg häufig der Durchsetzung globaler Machtinteressen, etwa durch die Förderung von Verbündeten in der Dritten Welt, ohne das Risiko einer direkten Eskalation zum Atomkrieg einzugehen. Ein prägnantes Beispiel ist der Koreakrieg (1950–1953), in dem die USA und ihre Verbündeten die südkoreanische Regierung unterstützten, während die UdSSR und China Nordkorea militärisch und logistisch stärkten – ohne selbst als Hauptkriegsparteien aufzutreten. Solche Konflikte waren oft von einer hohen Brutalität geprägt, da die lokalen Akteure die Hauptlast des Krieges trugen, während die Großmächte ihre strategischen Ziele verfolgten. Die Stellvertreterkriege prägten die bipolare Weltordnung und zeigten, wie der Kalte Krieg auch in peripheren Regionen ausgetragen wurde.

## Blockbildung M

Der Begriff beschreibt die systematische Zusammenführung nationaler Staaten unter Führung einer Supermacht in zwei gegensätzliche Machtblöcke. Als zentrales Strukturmerkmal des Konflikts entstand die Blockbildung bereits in den späten 1940er-Jahren durch gezielte Bündnispolitik wie die Gründung der NATO 1949 oder des Warschauer Pakts 1955. Jeder Block garantierte seinen Mitgliedern nicht nur militärischen Schutz, sondern auch wirtschaftliche Stabilität durch Planwirtschaft und Autarkiepolitik. Die Blockbildung wirkte dabei nicht nur als außenpolitisches Instrument, sondern prägte auch innenpolitisch Gesellschaften, etwa durch Zensur oder Indoktrination in Schulen.

## Bipolarität M

Der Begriff Bipolarität beschreibt die weltpolitische Ordnung des Kalten Krieges, in der sich zwei gegensätzliche Machtblöcke – die USA und ihre Verbündeten auf der einen, die UdSSR und ihr Ostblock auf der anderen Seite – als unvereinbare Systeme gegenüberstanden. Diese Dualität prägte die internationale Politik von 1947 (Truman-Doktrin) bis 1991 (Auflösung der UdSSR) und führte zu einer globalen Blockbildung, die sich in Militärbündnissen wie der NATO (1949) und dem Warschauer Pakt (1955) institutionalisierte. Die Bipolarität war nicht nur ein geopolitisches, sondern auch ein ideologisches Phänomen, das sich in Wirtschaftssystemen (Kapitalismus vs. Sozialismus), Gesellschaftsmodellen (Demokratie vs. Diktatur) und kulturellen Narrativen widerspiegelte. Konflikte wie die Kubakrise 1962 zeigten, wie sehr die Welt

an einem Abgrund zwischen diesen Polen balancierte. Gleichzeitig schuf die Bipolarität eine relative Stabilität, da direkte militärische Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten vermieden wurden – stattdessen fand der Systemwettstreit in Stellvertreterkriegen, Wettrüsten und Propagandaschlachten statt.

## Propaganda M

Propaganda bezeichnet im Kontext des Kalten Krieges gezielte, einseitige Kommunikation, die darauf abzielt, die öffentliche Meinung im eigenen Sinne zu beeinflussen und die Ideologie des Gegners zu diskreditieren. Sie nutzte dabei alle verfügbaren Medien – von Flugblättern über Radio bis hin zu Filmen – und bediente sich oft vereinfachender Feindbilder, um die eigene Bevölkerung zu mobilisieren und die des Gegners zu verunsichern. Ein prägnantes Beispiel ist die US-amerikanische Kampagne „Radio Free Europe“, die ab 1950 gezielt Informationen in die Ostblockstaaten sendete, um dort Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft zu schüren. Gleichzeitig instrumentalisierten beide Seiten Kunst und Sport als propagandistisches Mittel, etwa bei den Olympischen Spielen, um die Überlegenheit des eigenen Systems zu demonstrieren. Die Propaganda war damit ein zentrales Instrument der Systemkonkurrenz, das die Blockbildung vertiefte und die Wahrnehmung des Gegners systematisch verzerrte.

## ( ) West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft

---

(6) *Fenster zur Welt: Auswirkungen des Kalten Krieges auf Kuba erläutern und bewerten*

## Putsch M

Ein Putsch bezeichnet im Kontext dieses Lernziels den gewaltsamen, oft von außen gesteuerten Umsturz einer bestehenden Regierung durch eine kleine Gruppe, meist ohne breite Unterstützung der Bevölkerung. Dabei handelt es sich nicht um einen spontanen Aufstand, sondern um einen geplanten Akt, der häufig mit der Unterstützung externer Mächte wie der USA oder der UdSSR verbunden ist. Ein konkretes historisches Beispiel ist der gescheiterte Putschversuch gegen Fidel Castro im Jahr 1953, der als „Moncada-Angriff“ in die kubanische Geschichtsschreibung einging.

## Militärdiktatur M

Eine Militärdiktatur bezeichnet ein autoritäres Herrschaftssystem, in dem die Macht ausschließlich oder maßgeblich von den Streitkräften ausgeübt wird, oft unter Ausschaltung ziviler Institutionen. Typisch ist die Unterordnung politischer Entscheidungen unter militärische Logik, die sich in der Regel durch Putsche, Notstandsgesetze oder direkte Machtübernahme manifestiert, wie etwa in Chile nach dem Putsch von 1973 unter Augusto Pinochet. Kennzeichnend sind die Suspendierung demokratischer Freiheiten, Zensur und die systematische Unterdrückung oppositioneller Kräfte, häufig legitimiert durch die angebliche „Rettung der Nation“ vor inneren oder äußeren Bedrohungen. Militärregime neigen zu einer engen Verquickung von Staat, Wirtschaft und Sicherheitsapparat, wobei Gewalt als zentrales Steuerungsinstrument dient. Ihre Legitimität beziehen sie oft aus externen Bündnissen, etwa im Kalten Krieg durch die Unterstützung der USA oder der UdSSR, die autoritäre Regime als „stabile Partner“ in der Systemkonkurrenz instrumentalisierten.

## Revolution M

Eine Revolution bezeichnet den grundlegenden, oft gewaltsamen Umsturz bestehender politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Strukturen durch eine breite gesellschaftliche Bewegung, die sich gegen etablierte Eliten oder Systeme richtet. Im Kontext des Kalten Krieges umfasst der Begriff nicht nur den klassischen Staatsstreich, sondern auch ideologisch motivierte Umbrüche, die von externen Mächten unterstützt oder instrumentalisiert werden, wie etwa die kubanische Revolution 1959 unter Fidel Castro. Entscheidend ist dabei die Transformation von Herrschaftsverhältnissen, die häufig mit der Etablierung eines neuen Gesellschaftsmodells einhergeht, etwa durch Verstaatlichungen oder die Ausrichtung an sozialistischen Prinzipien. Gleichzeitig kann eine Revolution auch als Prozess verstanden werden, der über den eigentlichen Umsturz hinausgeht und langfristige gesellschaftliche Veränderungen anstrebt, wie die Umgestaltung Kubas in einen sozialistischen Einparteiensstaat. Ihre Bewertung hängt dabei stets von der Perspektive ab: Während sie aus Sicht der Befreiungsbewegungen als notwendiger Befreiungsschlag gilt, wird sie von konservativen Kräften oft als illegitime Machtübernahme kritisiert.

## Kuba-Krise M

Die Kuba-Krise (Oktober 1962) markierte den Höhepunkt der direkten Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR im Kalten Krieg und hatte globale Auswirkungen, auch auf Kuba. Sie entstand durch die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf der Karibikinsel, die als Antwort auf die US-amerikanische Raketenstationierung in der Türkei und die gescheiterte Invasion in der Schweinebucht (1961) erfolgte. Die Krise führte die Welt an den Rand eines nuklearen Schlagtauschs, als die USA eine Seeblockade verhängten und die UdSSR mit Vergeltung drohte. Erst nach geheimen Verhandlungen – etwa dem Abzug der US-Raketen aus der Türkei – konnte eine Eskalation verhindert werden. Die Krise zeigte die Verwundbarkeit kleiner Staaten wie Kuba, die zum Spielball der Supermächte wurden, und beschleunigte später die Entspannungspolitik.

## ( ) West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft

---

*(7) Ansätze zur Entspannungspolitik in den 1960er-Jahren in Ost- und Westeuropa vergleichen und bewerten*

## Friedliche Koexistenz M

Der Begriff „Friedliche Koexistenz“ bezeichnet die von der Sowjetunion unter Nikita Chruschtschow ab 1956 propagierte Doktrin, die einen friedlichen Wettstreit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen bei gleichzeitiger Vermeidung eines direkten militärischen Konflikts vorsah. Diese Politik zielte darauf ab, die Blockkonfrontation des Kalten Krieges durch diplomatische Verhandlungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entschärfen, ohne die ideologischen Grundsätze des Marxismus-Leninismus aufzugeben. Ein zentrales Beispiel ist der Moskauer Vertrag von 1970, in dem die UdSSR und die BRD erstmals völkerrechtlich verbindlich auf Gewalt verzichteten und die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkannten. Die Doktrin blieb jedoch ambivalent, da sie sowohl als strategisches Mittel zur Entspannung als auch zur ideologischen Absicherung des Ostblocks genutzt wurde. Kritiker im Westen warfen der UdSSR vor, die Koexistenz nur als taktisches Manöver zur Stärkung des sozialistischen Lagers zu instrumentalisieren.



## „Kennedy-Impuls“ M

Der Begriff „Kennedy-Impuls“ bezeichnet die von US-Präsident John F. Kennedy 1961 eingeleitete politische Initiative, die trotz der Eskalation der Berlin-Krise (Bau der Mauer 1961) und der Konfrontation im Kalten Krieg den Grundstein für eine spätere Entspannungspolitik legte. Mit seiner berühmten „Ich bin ein Berliner“-Rede (26. Juni 1963) und der Betonung der gemeinsamen humanitären Werte signalisierte Kennedy eine Bereitschaft zu Dialog und Deeskalation, ohne die sicherheitspolitischen Prinzipien des Westens aufzugeben. Sein Angebot zur Kooperation in Wissenschaft und Kultur (z. B. im Rahmen des Hotline-Abkommens 1963) schuf erste institutionelle Kanäle für vertrauensbildende Maßnahmen. Der Impuls markiert damit einen Wendepunkt, der die starre Blockkonfrontation des frühen Kalten Krieges zugunsten flexiblerer Verhandlungsstrategien aufbrach. Historisch lässt sich seine Wirkung etwa an der späteren Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens (1963) ablesen, das ohne diese vorsichtige Öffnung kaum denkbar gewesen wäre.

## Neue Ostpolitik M

Die „Neue Ostpolitik“ bezeichnet die von der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt (ab 1969) eingeleitete diplomatische Strategie der Bundesrepublik, die auf eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts abzielte. Kern der Politik war die Anerkennung der territorialen und politischen Realitäten in Osteuropa, insbesondere der Unveränderlichkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens (Vertrag mit Polen 1970) und der DDR als eigenständigem Staat (Grundlagenvertrag 1972). Durch vertrauensbildende Maßnahmen wie den Gewaltverzicht und den Ausbau wirtschaftlicher Kooperation sollte die Blockkonfrontation überwunden und eine langfristige Entspannung eingeleitet werden. Kritiker warnten indes vor einer einseitigen Anerkennung des Status quo und einer Schwächung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs. Die Politik mündete schließlich in die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975), die als Meilenstein der europäischen Entspannung gilt.

## Helsinki-Prozess M

Der Helsinki-Prozess bezeichnet die 1975 durch die KSZE-Schlussakte eingeleitete Phase der Entspannungspolitik zwischen Ost und West, die auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki initiiert wurde. Er markiert einen Wendepunkt, da erstmals alle europäischen Staaten – einschließlich der USA und Kanadas – verbindliche Prinzipien wie die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Achtung der Menschenrechte und die Zusammenarbeit in humanitären Fragen festschrieben. Obwohl die Sowjetunion die Akte als Bestätigung des Status quo nutzte, wurde sie in Osteuropa, etwa in Polen oder der DDR, von Dissidenten wie der Charta 77 als Grundlage für Kritik am Regime instrumentalisiert. Der Prozess schuf damit ein Spannungsfeld zwischen politischer Stabilisierung und subversiver Wirkung, das die Blockkonfrontation langfristig untergrub. Seine Dynamik zeigte sich besonders in den 1980er-Jahren, als die Umsetzung der Menschenrechtsklauseln zu wachsendem Druck auf die Ostblockstaaten führte.

## **( ) West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft**

---

(11) den Zusammenbruch des Ostblocks analysieren

## Strukturwandel M

Der Begriff Strukturwandel bezeichnet die tiefgreifenden Veränderungen in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnungen einer Gesellschaft, die sich nicht linear, sondern in diskontinuierlichen Phasen vollziehen. Im Kontext des Zusammenbruchs des Ostblocks meint dies insbesondere den Übergang von einer zentral geplanten Planwirtschaft mit Schwerindustrie- und Kollektivierungsdominanz hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen, Dienstleistungssektoren und individueller Konsumorientierung. Ein zentrales Beispiel hierfür ist die Abkehr von der industriellen Produktion in der DDR zugunsten von High-Tech-Branchen und Dienstleistungen nach 1990, die mit massiven Arbeitsplatzverlusten in traditionellen Industrieregionen wie dem Ruhrgebiet oder der Lausitz einherging. Dieser Wandel war nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell und mentalitätsgeschichtlich wirksam, etwa durch den Verlust kollektiver Identifikationsmuster in Betrieben oder die Individualisierung von Lebensentwürfen. Die Geschwindigkeit und Radikalität dieses Prozesses prägten die postsozialistischen Gesellschaften nachhaltig und führten zu anhaltenden Disparitäten zwischen Ost und West.

## Innovationsdefizit M

Ein Innovationsdefizit bezeichnet das systematische Unvermögen eines Wirtschaftssystems, technologische und organisatorische Fortschritte zu generieren oder effizient zu adaptieren – ein zentraler Schwachpunkt der sozialistischen Planwirtschaften. Während westliche Industrienationen ab den 1970er-Jahren durch Mikroelektronik, Automatisierung und flexible Produktionsmethoden ihre Produktivität steigerten, blieb der Ostblock aufgrund zentralisierter Entscheidungsstrukturen, mangelnder Anreize für Forschung und Entwicklung sowie veralteter Infrastruktur zurück. Die DDR etwa investierte zwar in Spitzentechnologien wie den Robotron-Computern, doch die fehlende Konkurrenz und die Abschottung vom Weltmarkt verhinderten eine breite Diffusion innovativer Lösungen. Das Defizit zeigte sich besonders in der Konsumgüterindustrie, wo Produkte wie der Trabant trotz jahrzehntelanger Produktion technisch veraltet und umweltschädlich blieben. Langfristig untergrub dies die Wettbewerbsfähigkeit und trug zum wirtschaftlichen Kollaps der Systeme bei.

## Staatsverschuldung M

Staatsverschuldung bezeichnet die kumulierten Schulden eines Staates, die durch Haushaltsdefizite entstehen, wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Sie wird meist in Form von Anleihen oder Krediten bei in- oder ausländischen Gläubigern finanziert und führt zu langfristigen Zinsverpflichtungen, die die Handlungsfähigkeit des Staates einschränken. Im Kontext des Ostblocks wurde die Staatsverschuldung durch ineffiziente Planwirtschaften, veraltete Industrien und die Abhängigkeit von Rohstoffexporten verschärft, etwa in der DDR, die ab den 1970er-Jahren zunehmend westliche Kredite aufnahm. Die wachsende Schuldenlast verschärfte die strukturellen Probleme der Planwirtschaften und trug zur systemischen Krise bei, da Devisen für Zinszahlungen fehlten und Investitionen in Modernisierung ausblieben. Besonders ab 1980 stiegen die Schulden der RGW-Staaten durch steigende Ölpreise und sinkende Exporterlöse dramatisch an, was die Abhängigkeit vom Westen weiter vertiefte.

## Rüstungswettlauf M

Der Rüstungswettlauf bezeichnet den systematischen Ausbau der militärischen Kapazitäten zweier oder mehrerer Staaten im Rahmen eines systemischen Wettbewerbs, der durch Misstrauen, ideologische Gegensätze und das Streben nach strategischer Überlegenheit geprägt ist. Im Kalten Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt manifestierte er sich besonders in der Entwicklung von Nuklearwaffen, strategischen Bombern und Raketensystemen, wobei jede Seite

versuchte, die andere durch quantitative oder qualitative Aufrüstung zu übertrumpfen. Ein zentrales Beispiel ist die „Raketenkrise“ von 1962, als die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba durch die USA mit einer Blockade und der Drohung eines atomaren Erstschlags beantwortet wurde – ein Moment, in dem der Rüstungswettlauf fast in einen offenen Konflikt eskalierte. Die ökonomischen und politischen Folgen waren enorm: Die UdSSR verschlang bis zu 20 % ihres BIP für das Militär, während die USA unter Reagan ab 1983 mit der „Strategic Defense Initiative“ (SDI) eine technologische Überlegenheit anstrebten, die die sowjetische Wirtschaft zusätzlich belastete. Langfristig trug der Rüstungswettlauf zur Erschöpfung der Ressourcen des Ostblocks bei und beschleunigte so dessen inneren Zusammenbruch.

## **Versorgungskrise** M

Die Versorgungskrise bezeichnet den chronischen Mangel an lebensnotwendigen Gütern in den sozialistischen Staaten Osteuropas, der sich ab den 1970er-Jahren verschärfte und zu massiven Versorgungsengpässen bei Nahrungsmitteln, Konsumgütern und Energie führte. Sie war eine direkte Folge der strukturellen Schwächen der Planwirtschaft, die durch ineffiziente Produktion, veraltete Industrieanlagen und eine fehlende Anpassung an globale Märkte gekennzeichnet war. Besonders deutlich wurde dies 1979 in Polen, wo Streiks in den Werften von Danzig nicht nur politische Reformen, sondern auch die Forderung nach besseren Lebensmittelrationen auslösten. Die Krise untergrub das Vertrauen der Bevölkerung in das System und beschleunigte letztlich den Zusammenbruch des Ostblocks, da selbst grundlegende Bedürfnisse nicht mehr gedeckt werden konnten.

## **Umweltverschmutzung** M

Umweltverschmutzung in Osteuropa nach 1945 war kein zufälliges Nebenprodukt der Industrialisierung, sondern systematisch mit der sozialistischen Planwirtschaft verknüpft. Die Priorisierung quantitativer Produktionsziele über ökologische Standards führte zu massiver Luft- und Wasserverschmutzung, etwa durch die Braunkohleindustrie in der DDR, wo bis 1989 jährlich über 300.000 Tonnen Schwefeldioxid emittiert wurden. Auch die chemische Industrie in der CSSR oder die Metallurgie in Polen verursachten irreversible Schäden, deren Ausmaß erst nach dem Systemwechsel sichtbar wurde. Die staatliche Ignoranz gegenüber Umweltproblemen – etwa die Vernachlässigung von Kläranlagen in der Sowjetunion – verschärfte die Krise zusätzlich, da ökologische Warnsignale politisch unterdrückt wurden. Erst der Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 ermöglichte eine kritische Aufarbeitung dieser strukturellen Versäumnisse.

## **Legitimitätskrise** M

Eine Legitimitätskrise bezeichnet den Verlust oder die Infragestellung der gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz staatlicher Institutionen, wenn diese ihre grundlegenden Funktionen – etwa Rechtsstaatlichkeit, demokratische Teilhabe oder soziale Gerechtigkeit – nicht mehr glaubwürdig erfüllen. Sie entsteht oft durch strukturelle Defizite wie Korruption, wirtschaftliche Krisen oder autoritäre Tendenzen und führt zu Vertrauensverlust in Eliten oder Systeme, selbst wenn diese formal noch bestehen. In Westeuropa zeigte sich dies etwa in den 1970er-Jahren während der Ölkrise, als Regierungen mit Arbeitslosigkeit und Inflation kämpften und Protestbewegungen wie die Studentenunruhen 1968 oder die RAF-Terroranschläge in der BRD die Legitimität des demokratischen Systems infrage stellten. Im Osten Europas manifestierte sich die Krise besonders nach dem Mauerfall 1989, als die Bevölkerung die Ineffizienz und Repression der sozialistischen Systeme offen kritisierte und deren Führungsanspruch radikal ablehnte. Solche Krisen können entweder zu Reformen führen oder – wie in der DDR – zum Zusammenbruch des Systems beitragen.



## Entspannungspolitik M

Die Entspannungspolitik bezeichnete in den 1970er-Jahren eine strategische Neuausrichtung der internationalen Beziehungen, die auf Dialog, vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle statt auf direkte Konfrontation setzte. Sie zielte darauf ab, die Blockkonfrontation des Kalten Krieges durch diplomatische Initiativen wie die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) zu überwinden, die Menschenrechte und territoriale Integrität in Europa festschrieb. Durch Abkommen wie SALT I (1972) oder die MBFR-Verhandlungen sollte die atomare Abschreckung zwar erhalten, aber durch verbindliche Regeln kalkulierbarer gemacht werden. Kritiker warfen der Politik vor, sie habe die systemischen Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus nur kaschiert, ohne sie grundlegend zu lösen. Dennoch schuf sie Handlungsspielräume, die später – etwa in der Reformphase unter Gorbatschow – den Weg für den Zusammenbruch des Ostblocks ebneten.

## Perestroika M

Perestroika bezeichnet die von Michail Gorbatschow ab 1985 eingeleitete Reformpolitik in der Sowjetunion, die durch wirtschaftliche Liberalisierung („Uskorenie“), Dezentralisierung der Planwirtschaft und politische Öffnung („Glasnost“) die systemischen Defizite des realsozialistischen Modells überwinden sollte. Die Reformen zielten darauf ab, die Produktivität durch marktwirtschaftliche Elemente wie Betriebsautonomie und Joint Ventures zu steigern, scheiterten jedoch an strukturellen Widerständen, der anhaltenden Planwirtschaft und der mangelnden Akzeptanz in der Nomenklatura. Gleichzeitig ermöglichte die Glasnost eine bisher unbekannte öffentliche Kritik an Partei und Staat, die den gesellschaftlichen Druck auf das Regime massiv erhöhte. Als konkretes Beispiel für die ambivalente Wirkung der Perestroika gilt die Einführung des Gesetzes über staatliche Unternehmen 1987, das Betrieben erstmals begrenzte Eigenverantwortung einräumte – doch die gleichzeitige Beibehaltung zentraler Planvorgaben führte zu chaotischen Marktverzerrungen. Die Reformen beschleunigten letztlich den Zusammenbruch des Ostblocks, indem sie die Legitimität des Systems untergruben, ohne seine grundlegenden Probleme lösen zu können.

## Glasnost M

Glasnost (russ. für „Offenheit“) war eine von Michail Gorbatschow ab 1985 eingeleitete Reformpolitik, die Transparenz und öffentliche Kritik in der Sowjetunion ermöglichen sollte. Sie zielte darauf ab, die starren Strukturen des realsozialistischen Systems aufzubrechen, indem Zensur gelockert, Korruption aufgedeckt und politische Debatten zugelassen wurden. Durch die Öffnung der Medien und die Zulassung kontroverser Meinungen sollte die Effizienz des Systems gesteigert und die Legitimität der Führung gestärkt werden. Allerdings untergrub die Glasnost ungewollt die autoritäre Kontrolle der KPdSU, da sie Missstände wie Umweltkatastrophen (z. B. Tschernobyl 1986) oder wirtschaftliche Fehlentwicklungen offenlegte und oppositionelle Stimmen erstarkten. Letztlich beschleunigte sie den Zusammenbruch des Ostblocks, indem sie die Bevölkerung für die Defizite des Systems sensibilisierte.

## Sinatra-Doktrin M

Die Sinatra-Doktrin war die informelle Bezeichnung für die ab 1986 von Michail Gorbatschow verkündete Politik der Sowjetunion, die osteuropäischen Staaten nicht mehr militärisch zu intervenieren, wenn sie sich von der sozialistischen Ordnung abwandten – ein klarer Bruch mit der Breschnew-Doktrin. Der Begriff spielt auf Frank Sinatras Lied „My Way“ an und symbolisiert die nunmehr zugestandene nationale Souveränität der Ostblockstaaten. Diese Haltung ermöglichte etwa die friedliche Wende in Polen 1989 oder den Mauerfall in der DDR, da die UdSSR auf Gewalt verzichtete. Die Doktrin markiert damit einen zentralen Faktor für das Scheitern des

Ostblocks, da sie dessen innere Repression und äußere Kontrolle untergrub.

### **Solidarnosc**

Solidarnosc war die erste unabhängige Gewerkschaftsbewegung in einem Ostblockstaat und entstand 1980 in Polen als Reaktion auf die wirtschaftliche Krise und politische Repression. Sie vereinte Arbeiter, Intellektuelle und oppositionelle Gruppen unter der Führung von Lech Wałęsa und entwickelte sich zur Massenbewegung mit über zehn Millionen Mitgliedern. Die Bewegung forderte nicht nur soziale Rechte, sondern auch demokratische Reformen und wurde zum Symbol des Widerstands gegen das kommunistische System. Ihr Streik im August 1980 in der Danziger Werft führte zum Augustabkommen, das ihr zunächst begrenzte Zugeständnisse einräumte. Durch ihre landesweite Mobilisierung und internationale Unterstützung wurde Solidarnosc zu einem zentralen Akteur im Zusammenbruch des Ostblocks, bis sie 1981 verboten und ihre Führung verhaftet wurde.

### **Bürgerbewegung**

Eine Bürgerbewegung bezeichnet im Kontext der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges informelle, oft spontan entstandene Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich außerhalb etablierter Parteien oder staatlicher Institutionen für politische, soziale oder ökologische Veränderungen einsetzten. Im Ostblock agierten diese Bewegungen trotz Repressionen als Keimzellen gesellschaftlicher Opposition, etwa durch Samisdat-Publikationen oder Friedensgebete in der DDR, die ab 1982 in Leipzig zu einer regelmäßigen Plattform des Protests wurden. Charakteristisch war ihr basisdemokratischer Anspruch, der sich gegen die monopolistische Macht der SED oder KPdSU richtete und oft auf Menschenrechte, Umweltschutz oder demokratische Reformen pochte. Ihre Mobilisierungskraft speiste sich aus der Unzufriedenheit mit den autoritären Strukturen, doch erst das Zusammenspiel mit externen Faktoren wie Gorbatschows Reformpolitik ab 1985 ermöglichte ihren Durchbruch. Als symbolischer Höhepunkt gilt die Gründung des „Neuen Forums“ im September 1989, das mit seiner Forderung nach „demokratischen Wahlen“ die friedliche Revolution einleitete.

### **Ausreisebewegung**

Die Ausreisebewegung bezeichnet die massenhafte Forderung von Bürger:innen in der DDR nach der Ausreise in den Westen, die sich ab den 1970er-Jahren zu einer zentralen oppositionellen Bewegung entwickelte. Sie war eine direkte Reaktion auf die Reisebeschränkungen des SED-Regimes und die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Ostblock, die durch die Helsinki-Schlussakte von 1975 noch verstärkt wurde, da diese auch Menschenrechte wie die Freizügigkeit betonte. Die Bewegung gipfelte in den Montagsdemonstrationen 1989, als Zehntausende unter dem Ruf „Wir wollen raus!“ gegen das Regime protestierten. Gleichzeitig nutzten viele die Ausreise als Ventil, um den Druck auf das System zu erhöhen, was die Legitimität der DDR weiter untergrub. Die Massenflucht über Ungarn im Sommer 1989 markierte schließlich den Beginn des Endes der DDR.

### **„Friedliche Revolution“**

Der Begriff „Friedliche Revolution“ bezeichnet den gewaltfreien Systemwandel in der DDR ab 1989, der durch Massenproteste, oppositionelle Gruppen und eine reformbereite SED-Führung zum Zusammenbruch des realsozialistischen Regimes führte. Im Gegensatz zu revolutionären Umbrüchen in anderen Kontexten zeichnete sich dieser Prozess durch die Vermeidung bewaffneter Konflikte aus, obwohl staatliche Gewalt wie am 9. Oktober 1989 in Leipzig drohte. Die Montagsdemonstrationen mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ und später „Wir sind ein Volk!“ symbolisierten den gesellschaftlichen Konsens für Demokratisierung und Wiedervereinigung. Politisch wurde der Übergang durch den Runden Tisch und die ersten freien Wahlen im März

1990 eingeleitet, die den Weg zur deutschen Einheit ebneten. Historisch betrachtet markiert die „Friedliche Revolution“ ein einzigartiges Beispiel für einen systemischen Wandel ohne Bürgerkrieg, der sich jedoch in den Kontext der globalen Transformationsprozesse des späten 20. Jahrhunderts einordnet.

### „Samtene Revolution“

Der Begriff „Samtene Revolution“ bezeichnet den gewaltfreien Machtwechsel in der Tschechoslowakei 1989, der durch Massenproteste, Streiks und die friedliche Mobilisierung der Bevölkerung gegen das kommunistische Regime erreicht wurde. Der Ausdruck unterstreicht den Gegensatz zu gewaltsamen Umstürzen und verweist auf die zivilgesellschaftliche Basis der Proteste, die von oppositionellen Gruppen wie dem Bürgerforum unter Václav Havel organisiert wurden. Die Bezeichnung „samten“ symbolisiert dabei die reibungslose, fast geräuschlose Überwindung des autoritären Systems, ohne dass es zu größeren Blutvergießen kam. Im Unterschied zu anderen Revolutionen des Jahres 1989, etwa in Rumänien, blieb der Prozess in der Tschechoslowakei weitgehend friedlich und führte innerhalb weniger Wochen zum Rücktritt der kommunistischen Führung. Die Samtene Revolution markiert damit ein zentrales Beispiel für den Systemwechsel in Osteuropa und die Durchsetzung demokratischer Strukturen.

## ( ) West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft

*(12) die deutsche Einheit und den Zusammenbruch der Sowjetunion erklären und deren Folgen bewerten*

### Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 markierte den ökonomischen Kern der deutschen Wiedervereinigung und schuf die Grundlage für die Integration der DDR in die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Mit ihr wurde die D-Mark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR eingeführt, was die Währungskrise der Planwirtschaft beendete und den Weg für marktwirtschaftliche Strukturen ebnete. Gleichzeitig wurden soziale Sicherungssysteme wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung nach westdeutschem Vorbild übernommen, um soziale Härten abzufedern. Die Union war damit ein zentraler Schritt zur Überwindung der systemischen Unterschiede zwischen Plan- und Marktwirtschaft, auch wenn sie kurzfristig zu massiven wirtschaftlichen Verwerfungen in Ostdeutschland führte. Sie gilt als einer der folgenreichsten Beschlüsse der Wiedervereinigungspolitik, da sie die ökonomische Basis für die politische Einheit schuf.

### Zwei-Plus-Vier-Vertrag

Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag (offiziell: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland) vom 12. September 1990 war das völkerrechtliche Instrument, das die Souveränität des wiedervereinigten Deutschlands wiederherstellte und die letzten rechtlichen Hindernisse für die Einheit beseitigte. Er wurde zwischen den beiden deutschen Staaten sowie den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs (USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich) geschlossen und regelte insbesondere den Verzicht Deutschlands auf atomare, biologische und chemische Waffen sowie die Festlegung seiner endgültigen Grenzen. Durch den Vertrag wurde die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik und der DDR in einem Staat vereinigt, wobei die Alliierten ihre Vorbehaltsrechte aus der Kapitulation 1945 aufhoben. Die Sowjetunion stimmte dem Abkommen im Gegenzug für finanzielle Hilfen und die Zusage eines NATO-Austritts der neuen Bundesländer zu, was die Zustimmung Michail

Gorbatschows trotz innerer Widerstände ermöglichte. Der Vertrag markierte damit den Schlusspunkt der Nachkriegsordnung und den Beginn der deutschen Souveränität in den Grenzen von 1990.

## Deutsche Einheit

Die Deutsche Einheit bezeichnet den Prozess der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), am 3. Oktober 1990. Sie markiert das Ende der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Überwindung der Blockkonfrontation des Kalten Krieges in Mitteleuropa. Politisch wurde die Einheit durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag (1990) ermöglicht, der die Souveränität Deutschlands wiederherstellte und die Zustimmung der Alliierten zur territorialen Integration der DDR in die BRD regelte. Wirtschaftlich und sozial brachte die Einheit Herausforderungen wie den Zusammenbruch der DDR-Industrie und die Angleichung der Lebensverhältnisse mit sich, die bis heute nachwirken. Die Deutsche Einheit gilt als zentrales Ereignis der europäischen Nachkriegsgeschichte und als Symbol für das Ende des Ost-West-Konflikts.

## GUS

Die GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) entstand im Dezember 1991 als loser Staatenbund der ehemaligen Sowjetrepubliken nach dem Zerfall der UdSSR. Sie diente zunächst der Koordination wirtschaftlicher und politischer Übergangsprozesse, blieb jedoch ohne verbindliche supranationale Strukturen. Mit Ausnahme der baltischen Staaten und Georgiens traten alle Nachfolgerepubliken bei, doch die Zusammenarbeit blieb oft formal – etwa bei der Gründung einer Freihandelszone 1994, die kaum Wirkung entfaltete. Die GUS symbolisierte den gescheiterten Versuch, die postsowjetische Integration unter russischer Führung zu bewahren, während viele Mitglieder stattdessen bilaterale Beziehungen zu westlichen Partnern suchten.

## Transformationsgesellschaft

Der Begriff Transformationsgesellschaft beschreibt den tiefgreifenden Wandel einer Gesellschaft von einer industriell geprägten, zentralistischen Planwirtschaft hin zu einer postindustriellen, marktwirtschaftlich organisierten Zivilgesellschaft. Dieser Prozess umfasst nicht nur wirtschaftliche Umstrukturierungen, sondern auch politische, soziale und kulturelle Veränderungen, etwa den Übergang von autoritären zu demokratischen Systemen oder die Herausbildung neuer Identitäten. Typisch für eine Transformationsgesellschaft ist die Ambivalenz zwischen Fortschritt und Krisen, etwa durch Arbeitsplatzverluste in alten Industrien bei gleichzeitigem Aufschwung neuer Dienstleistungssektoren. Ein prägnantes Beispiel ist die Wiedervereinigung Deutschlands 1990, die den Osten des Landes von der Planwirtschaft der DDR in die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik überführte. Historisch betrachtet, zeigt sich dabei, wie langfristig und konfliktreich solche Übergänge sein können, etwa in Form von Abwanderung, sozialen Spannungen oder der Suche nach neuer kollektiver Sinnstiftung.

## Oligarch

Ein Oligarch bezeichnet im postsozialistischen Kontext eine kleine Gruppe wirtschaftlich und politisch einflussreicher Personen, die nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaften durch den Erwerb staatlicher Unternehmen zu Reichtum gelangten. Diese Akteure nutzten oft undurchsichtige Privatisierungsverfahren, wie sie etwa in Russland nach 1991 unter Boris Jelzin üblich waren, um Vermögen zu akkumulieren. Die Macht der Oligarchen beruhte dabei nicht nur auf ökonomischer Kontrolle, sondern auch auf engen Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern, was Korruption und Klientelismus begünstigte. Ein bekanntes Beispiel ist Michail

Chodorkowski, dessen Ölkonzern Jukos 2003 verstaatlicht wurde, nachdem er sich politisch gegen den Kreml positioniert hatte. Ihre Dominanz prägte die postindustrielle Entwicklung Osteuropas nachhaltig, indem sie wirtschaftliche Modernisierung und demokratische Institutionen untergruben.